

Konkrete Schritte zur Integration

ERSTELLT 24.04.08, 21:38h

„Wir wollen die versprochenen Plätze für den gemeinsamen Unterricht“, verlangten Eltern behinderter Kinder bei einer Diskussion mit Ratspolitikerinnen. Der Verein Mittendrin, der sich für den Gemeinsamen Unterricht (GU) von Kindern mit und ohne Behinderung einsetzt, fordert einen klaren Plan zur Verdopplung dieser Schulplätze. Das hat der Rat schon im August vergangenen Jahres beschlossen, getan hat sich bis jetzt aber wenig.

Die Politikerinnen bekennen sich zur Integration, sind sich aber in der Durchführung des Ratsbeschlusses uneins: Ulrike Heuer (SDP), Sabine Ulke (Bündnis 90 / Die Grünen) und Özlem Demirel (Die Linke) plädieren für den Ausbau des integrativen Schulsystems und des GU. Gisela Manderla (CDU) und Yvonne Gebauer (FPD) stützen hingegen das mehrgliedrige Schulsystem. Über Integration müsse „im Einzelfall entschieden werden“.

Der Elternverein verlangt mehr als Worte, nämlich konkrete Schritte zur Integration, spricht: zunächst einmal Geld für die Sicherung integrierter Schulplätze, sagt Tina Sander von Mittendrin. Die Mittel seien durchaus vorhanden; trotz der Finanzierungsprobleme für Behindertenintegration werde weiter in den Bau und Umbau von Förderschulen investiert. Mittendrin verlangt einen Ausbaustopp von Förderschulen und eine finanzielle Umverteilung zu Gunsten des integrativen Modells. Ulke drückt es so aus: „Wir können hier nicht GU als Sparmodell machen.“

Der Verein fordert zudem einen Plan zur weiteren Steigerung der Integrationsquote: So soll bis 2012 jedes zweite behinderte Kind in Regelschulen unterrichtet werden, bis 2015 soll fast kein Kind mehr zur Förderschule gehen.

Der Verein Mittendrin lädt für Dienstag, 6. Mai, 20 Uhr, zu einem Fachgespräch mit Schuldezernentin Agnes Klein (Köln) und Michael Mertens (LVR) ins DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz ein.

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1207479062443>

FENSTER SCHLIESSEN

Copyright 2008 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.